



**Für Nachtflugverbot
und gegen ein
internat. Drehkreuz!**



Inhaltsverzeichnis

Liebe Mitstreiter,	2
schwere Kost	3
die Zeit läuft	3
Ausweg gefunden	4
Flughafen zum Schnäppchenpreis.....	4
mit Absicht am Ziel vorbei.....	4
ja, wo fliegen sie denn.....	5
Wowereits Rücktritt	5
Termine.....	6
Neuste Meldung	6

Liebe Mitstreiter,

zunächst einige Neuigkeiten in eigener Sache:

Ein neues spannendes Jahr mit einigen politischen Höhepunkten erwartet uns und es liegt in unseren Händen, es mitzugestalten. Helfen Sie mit und bleiben Sie aktiv!

Protest lebt von aktiver Beteiligung, nicht von stiller Zustimmung.

Bitte denken Sie ebenfalls an den Mitgliedsbeitrag. 12 Euro beruhigen nicht die Nerven und verändern nicht die Welt, sie helfen uns aber einige Aktionen durchzuführen.

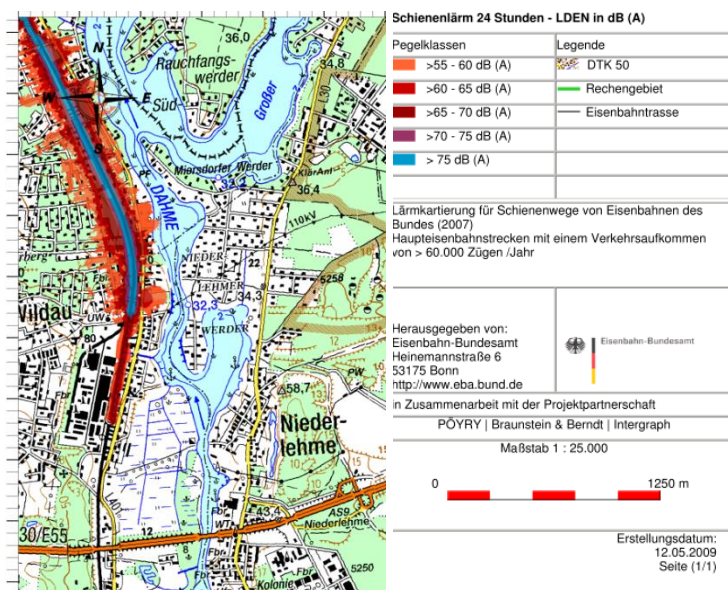
Am 27.2.2014 hat sich Herr Bretschneider zu einer Diskussionsrunde im Wildauer Volkshaus angekündigt. Der Verein Gegenlärm e.V. wird mit mehreren Vertretern teilnehmen. Welche Fragen wir an Herrn Bretschneider haben, wurden auf der letzten Sitzung des erweiterten Vorstandes am 13.2.2014, 19:30 Uhr in unserem Büro besprochen. Wenn Sie Vorschläge oder Anregungen haben, schreiben Sie uns bitte unter info@gegenlaerm.org eine e-Mail.

In den nächsten Wochen und Monaten werden wir uns dann Gedanken machen, wie wir das Thema "Flughafen und Steuergeldverschwendung" für die Landtagswahlen aufbereiten können.

Wenn Sie sich nicht nur für Fluglärm interessieren, haben wir hier einen Hinweis auf den Straßenlärm in unserer Gegend. Eine Liste der Gemeinden ist hier verfügbar, um für einzelne Orte die Daten abzurufen:

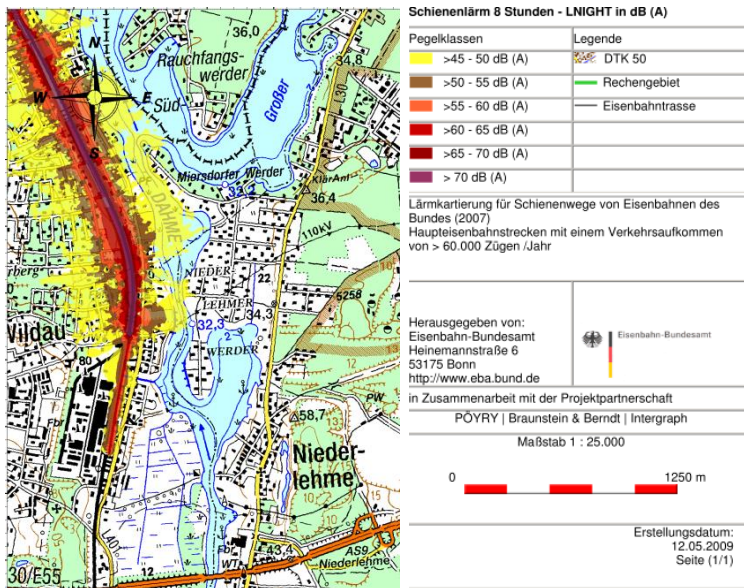
<http://luaplms01.brandenburg.de/laermkart> [www/Gem_Meldepflicht.htm](http://www.Gem_Meldepflicht.htm)

Für die Lärmbelastung durch die Bahn gab es im Jahre 2009 eine Messung, deren Ergebnis so aussah:





Für Nachtflugverbot und gegen ein internat. Drehkreuz!



Wie viele von Ihnen bemerkt haben werden, hat der Bahnverkehr gerade nachts seit dem deutlich zugenommen.

Uns bleibt auch also auch ohne den Flughafen schon genug Lärm, gegen den es etwas zu tun gibt.

und nun zu den Flughafen-News :

schwere Kost

Die Berliner Piraten haben den Zwischenbericht des Berliner Untersuchungsausschusses zum BER veröffentlicht. Wir empfehlen Ihnen, ganz unbedingt den Bericht zu lesen. Der erste Teil des Berichtes enthält einen guten Überblick über den Entscheidungsprozess zum Standort. Im Folgenden werden die einzelnen Skandale und Schummeleien bei Immobilienankäufen und Vertragsvergaben dargestellt.

Sollte sich jemand von Ihnen allerdings noch der Illusion hingeben wollen, die Berliner Flughafenpolitik sei irgendwie verantwortungsvoll, ehrlich oder von Sachverstand gekennzeichnet, sollte die Sache lieber nicht lesen.

Ausführliches gibt es hier: [=> Download Zwischenbericht](#)

die Zeit läuft

... 2016 ab. Der Landtagsabgeordnete Christoph Schulze hat eine kleine Anfrage an die Brandenburger Landesregierung gestellt und sie aufgefordert, Auskunft zu geben, wie lange die Baugenehmigung für den Flughafen BER gültig ist. Zur Antwort der Landesregierung auf diese Anfrage sagte Schulze:

Die Antwort der Landesregierung ist eindeutig: Nur bis November 2016 gilt die erteilte Baugenehmigung für das Terminal. Ist der Bau dann nicht fertig, haben Betreiber, Bund und die Länder Brandenburg und Berlin ein Riesenproblem. Dann gibt es keine Genehmigung mehr, also darf dann nicht weiter gebaut werden. Auch für den Nord- beziehungsweise den Südpier sieht es nicht besser aus. Im



Gegengenteil: Die erteilten Genehmigungen erlöschen hier schon im Februar 2015 (für den Pier Nord) und im August 2016 (für den Pier Süd). Darüber hinaus muss die Landesregierung einräumen, dass die Brandenburgische Bauordnung keine Möglichkeit vorsieht, die Geltungsdauer verlängern. Auch dieses „Schlupfloch“ ist nach Auffassung von Herrn Schulze versperrt.

Ausweg gefunden

In den vergangenen Monaten wurden immer wieder neue News zum Eröffnungstermin verbreitet, um hinterher dementiert oder einfach vergessen zu werden. Dieses Dilemma hat nun ein Ende. So spitzenmäßig clever wie die gesamte Führung des Flughafens ist auch ihr Pressesprecher: "Da wir keinen Eröffnungstermin genannt haben, kann es auch keinen neuen Zeitverzug geben." Hatte zuvor nicht Herr Mehdorn gerade etwas verkündet, das wie Eröffnung klingt?

<http://www.berlin-airport.de/de/presse/pressemitteilungen/2014/2014-01-22-stellungnahme-rbb-bericht/index.php>

Flughafen zum Schnäppchenpreis

Ähnlich ungenau wie die Eröffnungstermine sind in letzter Zeit die Angaben zu den Kosten des Flughafens. Die Marke von 5 Mrd. Euro wird wohl inzwischen auch von offizieller Seite (außer vom Flughafensprecher Herrn Kunkel) nicht ernsthaft in Zweifel gestellt. 7 Mrd. hat die Brandenburger CDU in die Runde geworfen. Tatsächlich werden jedoch weit mehr Steuergelder im Flughafensumpf versinken. Das ist aber alles gar nicht so schlimm! Der derzeitige Chef vom Ganzen ist der Meinung: "Die Endabrechnung wird zeigen, dass das ein billiger Flughafen ist", ist sich Mehdorn sicher. Wenn das Land Brandenburg in den nächsten Jahren noch weniger Geld für die Bildung oder die Ausstattung der Polizei ausgeben wird, weil kein Geld mehr da ist, wird der Bürger sicherlich froh und dankbar sein, dafür wenigstens einen billigen Flughafen nutzen zu können.

<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Hartmut-Mehdorn-macht-den-Ueberflieger-Der-BER-wird-ein-billiger-Airport-article12089466.html>

<http://www.morgenpost.de/flughafen-berlin-brandenburg/article124436525/Kostenprognose-fuer-BER-liegt-jetzt-bei-4-7-Milliarden-Euro.html>

mit Absicht am Ziel vorbei

Der Schallschutzstreit (0 x oder 1,6 x oder 6 x) ist abschließend entschieden. Der Flughafen muss, so wie es auch im Planfeststellungsbeschluss steht, einen Schallschutz einbauen, der eine Überschreitung der zulässigen Grenzwerte ausschließt. Die Vorgaben des Planfeststellungsbeschlusses wurden systematisch umgangen. Die Anwohner haben den letzten Prozess gegen den Flughafen gewonnen.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/letzte-instanz-gegen-ber-hauptstadtflughafen-verliert-schallschutz-streit/9395576.html>

<http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/823420/>



ja, wo fliegen sie denn...

Das derzeitige Lieblingsprojekt von Hartmut Mehdorn ist die Inbetriebnahme des Nordpiers und die Nutzung der Südbahn am BER ab dem 01.06.2014 bei gleichzeitiger Sanierung der Nordbahn. Ob das tatsächlich passiert, kann man nicht wissen. Wo die Flugzeuge fliegen würden, wenn sie denn werden - sieht man hier: <http://www.berlin-airport.de/de/dokumente/nachbarn/2014-01-24-karte-suedbahn-temp-vp.pdf>)

Erstellt wurde die Karte um festzustellen, welche Ortslagen von einer temporären Nutzung der Südbahn betroffen sind. Sie gibt die Lage der Teilvollzugsgebiete für die temporäre Nutzung der Südbahn inklusive der Vergabepakete wieder, die auf Grundlage des Schönefelder Flugverkehrs des Jahres 2013 erstellt wurden. Die Berechnung, welche Schallschutzmaßnahmen für die einzelnen Objekte innerhalb der Vergabepakete erforderlich sind, soll nun von verschiedenen Ingenieurbüros vorgenommen werden. Für die Berechnung der notwendigen baulichen Maßnahmen an jedem Objekt sind die Schallpegel, die durch die zwischenzeitliche Nutzung der Südbahn entstehen, allerdings nicht relevant. Die erforderlichen Schallschutzmaßnahmen sollen stattdessen auf Grundlage der Verkehrsbelastung ermittelt werden, die erst mit dem Endausbau des BER erreicht sein wird.

Wowereits Rücktritt

Herr Wowereit hat bei den Fluglärmgegnern keinen besonders guten Ruf. Wir erinnern uns, dass er die Befürworter eines umfassenden Nachtflugverbotes allesamt als "Spinner" bezeichnet hat. Da liegt es nicht fern, sich an seiner derzeitigen Schwäche wegen des Steuerbetruges seines zurückgetretenen Kulturstaatssekretärs zu erfreuen.

Der Rücktritt von Hr. Wowereit wird inzwischen auch von der Friedrichshagener Bürgerinitiative (FBI) gefordert. Die BI begründet dies u.a. mit der fehlenden Eignung des Regierenden Bürgermeisters bei der politischen und fachlichen Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des BER für die Bürger und Betroffenen seiner Stadt.

„Wir sind der Auffassung, dass Herr Wowereit seit Langem den Bezug zu seinen Bürgerinnen und Bürgern verloren hat. Statt Probleme zu lösen, sitzt er sie aus. Statt politische Verantwortung für Fehler und Missmanagement zu übernehmen, spielt er diese herunter oder gibt anderen die Schuld. Wir vermissen bei ihm Werte wie soziales Denken und moralisch geprägtes Handeln. Wir haben nicht das Gefühl, dass Herr Wowereit die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Er hat sich von seinen Bürgern entfernt und wird somit dem Amt eines Regierenden Bürgermeisters von Berlin nicht mehr gerecht.“

Hier gibt es den ganzen Wortlaut der Pressemitteilung und den Link zur Initiative:

<http://www.fbi-berlin.org/archives/7950>
<http://wowereit-ruecktritt.de/>



Termine

Protest lebt von aktiver Beteiligung, nicht von stiller Zustimmung.

Vor dem Bundesverkehrsministerium in Berlin finden an den folgenden Tagen von 12 Uhr-15 Uhr Mahnwachen statt:

Dienstag, 18. Februar
Dienstag, 25. Februar
Dienstag, 4. März
Dienstag, 11. März
Dienstag, 18. März

Zusätzlich hat die BI Unser Großbeeren am Jahrestag der Annahme des erfolgreichen Volksbegehrens zu einer **Mahnwache am Donnerstag, 27.2.2014**, um **17.30 Uhr**, vor dem **neuen Landtag in Potsdam** aufgerufen.

Dort werden 1060 Kerzen (symbolisch für die 106.000 Unterstützer des Brandenburger Volksbegehrens für ein strenges BER-Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr) entzündet, damit der Ministerpräsident, seine Regierung und der Landtag sich an ihre Pflicht erinnern, dieses Volksbegehren durchzusetzen.

Neuste Meldung

Ministerpräsident Woidke will Nachtflugverbot am BER auch gegen Veto Berlins durchsetzen

Berlin - Brandenburgs Ministerpräsident Diemtar Woidke (SPD) ist offenbar wild entschlossen ein strengeres Nachtflugverbot am künftigen Hauptstadt-Flughafen durchzusetzen. Und zwar selbst dann, wenn Berlin und der Bund bei ihrem Veto bleiben sollten. Das machte der Regierungschef am Freitag vor Journalisten in Berlin nach einem Treffen mit der brandenburgischen SPD-Landesgruppe im Bundestag deutlich, auf der beide ein koordiniertes Vorgehen auf den verschiedensten Feldern gegenüber dem Bund verabredete. Seine Aussagen lassen aufhorchen. Dass er einen brandenburgischen Alleingang prüfen lässt, wollte Woidke zwar nicht bestätigen. Die Andeutungen des Regierungschefs lassen aber genau diesen Schluss zu.

„Ich glaube, dass es nach wie vor Chancen gibt, gemeinsam mit den anderen Gesellschaftern etwas zu erreichen“, sagte Woidke und fügte hinzu: „Sollte das nicht möglich sein, muss man darüber nachdenken, was man dann tut.“ Was Brandenburg danach tun könnte, wollte Woidke nicht näher erläutern. Er betonte aber, jeder könne sicher sein, „dass wir als Koalition diesen Auftrag sehr ernst nehmen.“ Und: „Sie werden von mir hören!“

Er ließ keinen Zweifel daran, dass der Umgang mit dem mit 106 000 Unterschriften erfolgreichen Volksbegehren für ein strengeres Nachtflugverbot, das der Landtag angenommen habe, für ihn eine demokratische Grundsatzfrage sei. „Es geht nicht nur um eine halbe Stunde mehr Ruhe in der Nacht“, sagte Woidke. „Es geht darum, wie die Politik mit ihren eigenen Beschlüssen umgeht.“



Der SPD-Regierungschef steht in dieser Frage unter besonderem Erfolgsdruck, auch wegen der Landtagswahl am 14. September. Bislang gibt es bei den Verhandlungen mit Berlin und dem Bund keine Fortschritte. Zwar hatte Woidke kürzlich eine Ausweitung des Nachtflugverbotes auf 22 Uhr bis 6 Uhr – bislang 24 Uhr bis fünf Uhr – noch als illusorisch bezeichnet. Dies hatte die Regierung in einem Zwischenbericht an den Landtag eingeräumt. Flughafenstaatssekretär Rainer Bretschneider hatte stattdessen vor allem davon gesprochen, „Lärmpausen“ auszuhandeln, etwa durch alternative Nutzungen der beiden BER–Start- und Landebahnen, um Ortschaften wenigstens rotierend nächtliche Ruhezeiten zu ermöglichen.

Die Anwohner beharren auf dem strengeren Nachtflugverbot. Flankierende Maßnahmen seien gut, aber kein Ersatz, hatte Matthias Schubert von der Bürgerinitiative Kleinmachnow, ein Initiator des Volksbegehrens zu Jahresbeginn klar gestellt – und notfalls einen Alleingang Brandenburgs gefordert.

Schubert, selbst Sozialdemokrat, warnte: „SPD und Linke müssen wissen, ob sie auf Stimmen aus dem Speckgürtel verzichten können.“ Und in Berlin, so fügte er hinzu, sollte es sich die SPD unter dem als links geltenden Landeschef Jan Stöß überlegen, ob sie in Brandenburg „die einzige rot-rote Regierung an die Wand fahren lässt und damit auch eine Machtopion auf Bundesebene nach 2017“.

Gesehen unter <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/828674/>